

Zeitschrift: The Swiss observer : the journal of the Federation of Swiss Societies in the UK
Herausgeber: Federation of Swiss Societies in the United Kingdom
Band: - (1951)
Heft: 1158

Artikel: Ansprache von Bundesrat Petitpierre
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-692143>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ANSPRACHE VON BUNDESRAT PETITPIERRE.

Bundesrat Max Petitpierre hielt an der Tagung der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz in Chur vom 28./29. April 1951 eine Ansprache, in der er zwei Hauptfragen behandelte: die internationale Lage und die Politik des Bundesrates.

Der bundesrätliche Redner führte im wesentlichen aus: "Völker und Staatsmänner müssen wiederum von neuem mit der Möglichkeit eines bewaffneten Konfliktes zur Lösung der sie trennenden Fragen rechnen, weil der Wille, der eine Regelung auf dem Verhandlungswege erlauben würde, nicht stark genug ist. Trotz den grausamen Erfahrungen zweier Weltkriege scheint die Gewalt eines der entscheidenden Momente der internationalen Politik zu bleiben. Ein kleines Land wie das unsrige muss diesen Umständen Rechnung tragen. Die militärische Anstrengung, die das Schweizervolk unternimmt, ist daher gerechtfertigt. Dieses Bemühen muss so lange beharrlich fortgesetzt werden, als der Friede nicht gesichert ist. Eine wirkliche Entspannung ist nicht festzustellen mögen auch gewisse internationale Probleme, namentlich europäische, offenbar nicht mehr so brennend sein wie vor einem, zwei oder drei Jahren. Deshalb hat der Bundesrat seit Jahresfrist Massnahmen, zumal auf dem Gebiete der Landesverteidigung und auf wirtschaftlicher Ebene ins Auge fassen, treffen und beantragen müssen, die den schlimmsten Eventualitäten Rechnung tragen."

Auf die Rückweisung der Deckungsvorlage zum Rüstungsprogramm an den Bundesrat durch die eidgenössischen Räte zu sprechen kommend, erklärte der bundesrätliche Sprecher, der Bundesrat werde, wie man es von ihm verlange, das ganze Finanzierungsproblem neu prüfen. Immerhin hoffe er, dass die neuen Vorschläge erlauben würden, endlich positive Beschlüsse zu fassen, die nicht endlos verschoben werden könnten. "Es wäre jedoch ein Irrtum anzunehmen", so führte Bundesrat Petitpierre weiter aus, "dass die Massnahmen, die wir getroffen haben und die wir derzeit noch treffen bedeuten, dass wir einen neuen Krieg in Europa als unvermeidlich oder wahrscheinlich voraussetzen. Das wäre ein dermassen absurder Krieg, dass ich nicht glaube, irgend eine Regierung würde die Verantwortung dafür übernehmen, ihm vom Zaune zu brechen. Ich gehe sogar noch weiter, indem ich sage, dass jede Regierung trotz der Heftigkeit der entfesselten Propaganda, alles zu vermeiden sucht, was zu einer Ausweitung des im Fernen Osten entbrannten Krieges führen könnten. Doch beweist gerade die Erfahrung von Korea, wie schwierig es ist, einem bewaffneten Konflikt, wenn er einmal ausgebrochen ist, anders als mit den Waffen ein Ende zu setzen."

Der Vorsteher des Politischen Departements warnte jedoch davor, allzu pessimistisch in die Zukunft zu blicken und anzunehmen, dass es heute in einem Land wie dem unsrigen kein anderes wesentliches Problem mehr als das der Landesverteidigung gebe. Die Kräfte des Landes dürften nicht völlig von der Aufrüstungsanstrengung absorbiert werden. Die schweizerische Innenpolitik müsse aktiv bleiben und sich andern Zielen zuwenden.

In letzter Zeit seien der Bundesrat und die Räte ziemlich heftig kritisiert worden. Diese Einwendungen seien vielleicht zum Teil begründet. Sie liessen aber zwei Dinge ausser Betracht. Erstens den

Umstand, dass die Mehrzahl der Probleme, mit denen sich der Bundesrat zu befassen habe, unter dem Druck der Umstände Probleme seien, die das materielle Leben des Landes betreffen und die nur provisorisch gelöst werden könnten. Die Probleme der Wirtschaft ständen im Vordergrund, und gerade auf wirtschaftlichem Gebiet sei die Schweiz den allgemeinen Auswirkungen der internationalen Politik ausgesetzt. Handle es sich um die schweizerische Ausfuhr oder um die Versorgung, stosse man heute auf Schwierigkeiten, die oft auf empirische Weise gelöst und überwunden werden müssten.

Andererseits sei darauf hinzuweisen, dass man sich daran gewöhnt habe, für alles und nichts an den Staat zu gelangen. Es gebe keine Frage, ob wichtig oder nicht, die man ihm nicht zur Lösung unterbreite und die man nicht zum Gegenstand öffentlicher Diskussion mache, indem man sich der parlamentarischen Mittel wie Motionen, Postulaten oder Interpellationen bediene. Ohne Zweifel bestehe auf diesem Gebiete eine eigentliche Inflation, die man bekämpfen sollte, nicht zuletzt im Interesse der Achtung, die zu geniessen die schweizerischen demokratischen Einrichtungen wohl verdienten. So wichtig wirtschaftliche Probleme auch sein mögen, dürfe doch der Kampf in einer Demokratie nicht bloss materiellen Interessen dienen. Ein Volk habe noch andere Güter zu verteidigen.

Auch die Arbeitsmethoden des Bundesrates würden kritisiert. Es sei aber leichter unter einem Einparteien- oder Mehrheitsregime zu regieren. In der Schweiz, wo vier Parteien, deren Richtungen in Fragen der Doktrin verschieden, mitunter sogar einander entgegengesetzt sind, müsse die Kraft und die Aktionseinheit der Regierung naturgemäss darunter leiden. Seitdem nicht mehr eine Partei die Mehrheit in der Regierung habe, lebe die Schweiz nach einer neuen Formel, deren Vorteile übrigens, wie Bundesrat Max Petitpierre ausdrücklich erklärte, die Nachteile bei weitem überwiegen. Dieses System diene sicherlich den Interessen des Landes am besten, dessen Einheit im Zusammenklang der Verschiedenheiten bestehe und das sich nicht hätte entwickeln können, hätte man nicht den stetigen Willen besessen, eher zu suchen, was näherbringen und einigen könne, als sich auf Trenne des zu verlegen. Wie dem auch

ALBERT FERBER (SWISS)



PIANO RECITAL

at
WIGMORE HALL

FRIDAY,
MAY 25th, 1951,
at 7 p.m.

Works by

Bach, Beethoven, Brahms, Chopin,
Roberto Gerhard (1st performance),
Debussy.

Tickets: 10/6, 7/6, 5/6, 3/6, Numbered and reserved from
Wigmore Hall and usual Agents.

76th *FÊTE SUISSE*

CENTRAL HALL, WESTMINSTER

THURSDAY, JUNE 14th 6 to 10 p.m. (DOORS OPEN AT 5. P.M.)

Under the Presidency of

Monsieur HENRY de TORRENTE, Ministre de Suisse.

PROGRAMME: STADTMUSIK SOLOTHURN (80 musicians) – LA CHANSON DE LAUSANNE (35 participants) – SWISS MALE CHOIR – CORALE UNIONE TICINESE
SWISS ACCORDION GROUP.

ADMISSION (Tax included): 3/6 (unreserved)

CHILDREN UNDER 12 FREE

(East Balcony Seats reserved at 5/- each, inc. Tax)

Tickets obtainable IN ADVANCE from the Swiss Societies and Churches, or from the FETE SUISSE COMMITTEE, Swiss House, 35 Fitzroy Square, W.1., or at the BOX OFFICE.

(Send stamped addressed envelope with remittance).

sein möge, sei es nicht gerecht, wenn behauptet werde, es gebe keine Politik des Bundesrates, die von den Räten kontrolliert und in ihren grossen Linien vom Volk und den Ständen genehmigt werde. Diese Politik gehe darauf aus, die Unabhängigkeit des Landes gegenüber dem Ausland zu bewahren durch eine ehrliche und uneingeschränkte Handhabung der Neutralität, sowie durch Zusammenarbeit mit andern Nationen bei der Schaffung und Entwicklung aller jener internationalen Institutionen, die friedliche Ziele verfolgten. Im Innern ziele diese Politik auf die Aufrechterhaltung und Vervollkommen der demokratischen Einrichtungen ab.

Auf finanziellem Gebiet gründe sie sich auf die Ueberzeugung, dass gesunde Finanzen die Voraussetzung einer guten Wirtschafts- und Sozialpolitik bildeten.

Auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, wo die materiellen Interessen aufeinanderstossen, verfolge der Bundesrat eine Politik des Gleichgewichts und suche die legitimen Interessen zu schützen und wenn nötig aufeinander abzustimmen. Es sei unmöglich dabei die Regeln einer starren Doktrin anzuwenden. Man dürfe erwarten, dass die Wähler bei den Abstimmungen über dieses oder jenes auf einen wirtschaftlichen Zweig anwendbare Gesetz (Landwirtschafts-Uhren — oder Weinstatut) sich nicht durch persönliche Interessen leiten, sondern vom Gedanken inspirieren lassen werden, dass das wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht des Landes letztlich vom gemeinsamen Wohlergehen aller Kreise abhängt, aus denen das Volk sich zusammensetzt.

Bundesrat Petitpierre schloss seine Ansprache mit folgenden Sätzen:

„Unsere Demokratie stellt Anforderungen. Dauernd muss sie ihre Einrichtungen überprüfen und überdenken und über die Aufrechterhaltung eines Gleichgewichts zwischen dem Streben nach persönlicher Freiheit und dem legitimen Sicherheitsbedürfnis wachen.“

Die Demokratie ist eine auf Freiheit und Gerechtigkeit gegründete Regierungsform, die zwar nicht die Ungleichheit beseitigt, wohl aber die Ungerechtigkeit, die ein Missbrauch der Freiheit zur Folge haben kann.

Wenn wir diesen Grundsätzen treu bleiben und in unsern Entscheiden, unsern Einstellungen und unsern Meinungen nie die Tatsache aus den Augen verlieren, dass das Gemeinwohl unter allen Umständen jeder andern Ueberlegung vorangehen muss, so bin ich überzeugt, dass wir, wenn auch nicht alle, so doch die meisten der Schwierigkeiten, die eine unsichere und unvorhersagbare Zukunft birgt, werden überwinden können.“

TO OUR READERS.

The Editor would be greatly obliged if readers would kindly supply him with addresses of likely subscribers, so that specimen copies could be posted to them.

In order to save money and time, it would be appreciated if subscribers in arrears would kindly make an early remittance.